

Pressefreiheit versus Prophetenschutz



Die gewaltsamen Proteste gegen die Mohammad-Karikaturen halten die Welt seit Tagen in Atem. Der Islamwissenschaftler Stephan Rosiny beschreibt in seinem Gastbeitrag für DW-WORLD die Ursachen der Gewalt.

Warum gibt es diesen Aufruhr um einige Mohammed-Karikaturen? Das wird man derzeit als Islamwissenschaftler allenthalben gefragt. Es müsse doch jemand hinter dieser Eskalation stecken, der die Muslime manipuliere und den Islam missbrauche. Auf der anderen Seite empören sich Muslime, dass trotz ihrer Proteste zahlreiche Zeitungen die aus ihrer Sicht beleidigenden Karikaturen nachdruckten und westliche Politiker auf den Skandal nur mit Achselzucken und dem Verweis auf die Pressefreiheit reagierten. Sie wittern hinter den Karikaturen eine gezielte Kampagne gegen ihre Religion, den Islam.

"Wir und die Anderen"

Spiegelbildliche Verschwörungstheorien sind aber nicht die einzige Symmetrie in diesem immer wieder als Kulturkampf gedeuteten Konflikt. Beide Seiten erheben jeweils essentialistisch ihren eigenen Wert zum fundamentalen Prinzip, den sie aus einer Position der Defensive gegen den Angriff "der Anderen" verteidigen müssten. Im Westen ist dies die Presse- und Meinungsfreiheit gegen die fundamentalistischen Muslime, die sich schon zusammenrotten, um uns unsere Freiheit zu rauben und die Weltherrschaft des Islam zu errichten. (Als bestünden nicht auch bei uns Grenzen der Meinungsfreiheit: Proteste, Gerichtsverfahren und Urteile gegen gotteslästerliche Filme, Karikaturen und Kunstwerke gibt es auch in Europa regelmäßig – meist wenn sich Christen beleidigt fühlen. Vertreter christlicher und jüdischer Gemeinschaften gehörten daher zu den ersten, die Verständnis für die verletzten Gefühle von Muslimen äußerten.)

Auf der anderen Seite steht die Ehrenrettung des Propheten Mohammed auf der Agenda. Seine bildliche Darstellung gilt heutigen gläubigen Muslimen als verboten. Die Karikaturen verunglimpften ihn und seine Religion als blutrünstig und sexistisch.

Austesten der Grenzen

Jedem Menschen sollte es freistehen, seine eigene Gemeinschaft durch Kritik, Satire, Karikaturen oder Witze herauszufordern oder bloßzustellen. Wenn Schwule Schwulenwitze erzählen und Juden Judenwitze, hat niemand etwas einzuwenden. Auch in islamischen Ländern wird über die eigene Religion gewitzelt. Der nationalkonservativen Zeitung Jyllands-Posten ging es aber nicht um eine Demonstration des Rechts auf freie Meinungsäußerung, ein staatliches Verbot hatte sie nicht zu befürchten. Es ging ihr vielmehr darum zu "testen", wie weit man mit den Muslimen im eigenen Land gehen könne. Als Minderheit mögen manche Muslime in europäischen Gesellschaften sensibler gegenüber religiöser Demütigung reagieren, da sie sich ohnehin häufig als kulturell und ethnisch "fremd" diskriminiert fühlen.

Die Ignoranz, mit der auf ihre Proteste reagiert wurde, trug zur Eskalation bei. Der dänische Regierungschef Anders Fogh Rasmussen, der bereits in seinem populistischen Wahlkampf

mit antimuslimischen Ressentiments auf Stimmenfang gegangen war, weigerte sich zunächst, arabische Botschafter zu empfangen, die sich über die Karikaturen beschwerten wollten. Die Staatsanwaltschaft lehnte es ab, Klage gegen die Zeitung aufzunehmen. Daraufhin reiste eine Delegation dänischer Muslime durch den Nahen Osten und machte den "Skandal" publik.

Karikaturen nur der Auslöser

Das Ausmaß der weltweiten Reaktionen aufgebrachter Muslime haben die Vertreter wohl selbst nicht vorhergesehen und so sicherlich auch nicht intendiert. Sie lassen sich mit den provokativen Karikaturen allein auch nicht erklären, zumal die meisten Protestierer diese gar nicht zu Gesicht bekommen haben dürften. Aber sie kannten ähnliche Karikaturen und Provokationen gegen ihre religiösen Gefühle. Einige hatten bereits gegen die "Schändung" des Korans in Guantanamo und in Afghanistan protestiert, und auch die Folterbilder von Abu Ghraib und Basra hatten das Fass der Wut gefüllt. Und sie haben noch die Ankündigung von George W. Bush im Ohr, der nach dem 11. September zum "Kreuzzug" gegen den Terror aufgerufen hatte. In den Militärinterventionen in Afghanistan und im Irak (und bald auch in Iran und Syrien?) erblicken viele Muslime einen Glaubenskrieg des Westens gegen den Islam.

Hier ist ein Fass übergelaufen, in dem sich schwelende Konflikte der Region mit den Ressentiments und der Wut auf "den Westen" vermischten. Die militanten Aktivisten verschiedener lokaler Konfliktherde, die ursächlich kaum etwas miteinander zu tun haben, finden im Verbrennen der dänischen und anderer Flaggen ein einigendes Ritual, hinter dem die unterschiedlichen Motive und politischen Ursachen verschwimmen. An manchen Orten bleibt es nicht beim symbolträchtigen Verbrennen von Fahnen, sondern gipfelt in Morddrohungen, dem Verwüsten und Abfackeln ausländischer Vertretungen.

Hamas hält sich überraschend zurück

Im Südirak initiierten frustrierte Schiiten mit als erste das Ritual des Autodafé. In den vergangenen Monaten war es in der Region vermehrt zu Zusammenstößen zwischen (vorwiegend britischen) Truppen und (vorwiegend schiitischen) irakischen Sicherheitskräften gekommen. In den Palästinensergebieten reagieren sich die über den Wahlausgang frustrierten (nationalistischen) Fatah-Angehörigen an Einrichtungen der EU ab, aus deren Hilfsgeldern sich bislang ihre korrupten Parteibonzen bedient hatten. Verkehrte Welt, dass sich die (islamistische) Hamas staatsmännisch gebärdet und sich nicht an den gewaltsamen Ausschreitungen beteiligt!

In Syrien, wo am 4. Februar die dänische und norwegische Botschaft brannten, hat man vermutlich noch nicht die Demütigung überwunden, sich auf westlichen Druck hin aus dem Nachbarland Libanon zurückgezogen zu haben. Und syrische Brandstifter halfen am folgenden Tag ihren libanesischen Glaubensbrüdern, die dänische Botschaft in Beirut anzuzünden – und eine benachbarte Kirche, 40 Geschäfte und Fahrzeuge im christliche Ostteil der Stadt gleich mit. In den libanesischen Flüchtlingslagern riefen derweil Palästinenser, die in keinem Nahost-Friedensplan mehr ernsthaft erscheinen und keine Hoffnung auf Rückkehr in ihre Heimat haben können, Osama bin Laden und Zarqawi zu Hilfe, Rache zu nehmen für die Blasphemie und die "schmutzigen Dänen" umzubringen. Die Entführer westlicher Ausländer im Irak können ihre finanziellen Interessen nunmehr zusätzlich religiös verbrämen. In Afghanistan wittern die entmachteten Taliban, die vermutlich die stilistischen Vorbilder für die Mohammed-Karikaturen darstellten, Morgenluft und mimen die Rächer der Beleidigten.

Iran nutzt Gunst der Stunde

Die diktatorischen Regime in Ägypten, Saudi-Arabien und Jemen präsentieren sich derweil populistisch als Beschützer des Islam. Und selbst Putin und Bush mahnen die Europäer wohlfeil, den Islam zu respektieren! Besonders dem iranischen Regime aber kommt die Eskalation zupass. Hatte der Westen die verbalen Attacken von Präsident Ahmadineschad

gegen Israel und seine Leugnung des Holocaust noch empört als unzulässige Meinungsäußerung verurteilt, so soll nun die Prophetenbeleidigung von der Pressefreiheit gedeckt sein? Fiel es dem Regime Ende Januar noch schwer, einige Hundert Protestierer zur Unterstützung des Atomprogramms zu mobilisieren, so demonstrieren mittlerweile Zehntausende gegen die verunglimpfenden Karikaturen.

Pressefreiheit und Prophetenschutz

Wie viel Spott an ihrer Religion müssen Muslime tolerieren? Benötigen sie Sonderrechte und größeren Schutz als andere Gemeinschaften? Wer religiöse Freiheitsrechte wie das Tragen religiöser Kleidung, Kopftuch und Bartracht, islamischen Religionsunterricht, die Möglichkeit des Schächtens u.ä. reklamiert, von dem kann erwartet werden, in gewissem Rahmen Kritik und Spott an seiner Religion zu tolerieren. Auch die christlichen Kirchen haben dies erst lernen müssen. Selbstverständlich sollten Muslimen dieselben rechtsstaatlichen und demokratischen Rechte zur Verfügung stehen, sich gegen aus ihrer Sicht religiöse Beleidigung zu wehren. Muslime, die sich über die Verunglimpfung ihres Propheten empören, sollten aber auch ein mahnendes Wort an ihre jugendlichen Glaubensbrüder richten, bei denen es mittlerweile zum pubertären Umgangston gehört, nichtmuslimische Mitschüler und Lehrer als "Kuffar" (Ungläubige) und unverschleierte Frauen als Schlampen und Huren zu beschimpfen. Die Äußerungen von Hasspredigern, die Nichtmuslime als "unrein" beschimpfen, mit Affen und Schweinen gleichsetzen, sind in keinster Weise durch die religiösen "Freiheitsrechte" gedeckt.

Muslime können von Nichtmuslimen in säkularen Gesellschaften nicht erwarten, sich ihren religiösen Regeln unterzuordnen, etwa dem Darstellungsverbot des Propheten Muhammad. Dieses (im Koran nicht belegte) Verbot wurde einst von muslimischen Juristen unter anderem deshalb eingeführt, um einen Personenkult um den Propheten zu verhindern, der dem strengen Monotheismus des Islam widerspreche. Wenn einige Muslime nunmehr zu Mord und Krieg aufrufen, um die Prophetenbeleidigung zu rächen, so beleidigen sie selbst ihren Propheten, indem sie ihn als unantastbar sakralisieren. Über den Propheten heißt es im Koran: "Sag: Ich bin nur ein Mensch wie ihr (...)" (Koran 18:110). Kann aber die Beleidigung eines Menschen Blasphemie (Gotteslästerung) sein? Die meisten europäischen Muslime haben sich von den Karikaturen nicht provozieren lassen und damit ihren Respekt für Presse- und Meinungsfreiheit demonstriert. Traurigerweise finden sie, die sich für die im Namen ihrer Religion verübte Gewalt häufig schämen, derzeit nicht dasselbe mediale Forum wie die dumpfen Gewaltausbrüche im Nahen Osten.



Dr. Stephan Rosiny (geb. 1962) lehrt am Institut für Islamwissenschaft der Freien Universität Berlin

www.dw-world.de | © Deutsche Welle.